RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
47. Kalenderwoche

RUB

Großbritannien rüstet sich für den Brexit

Die britische Regierung sieht eine große Gefahr darin, dass nach dem Brexit Votum viel Unternehmen das Land verlassen. Dies liegt darin begründet, dass Unternehmen fürchten, die Vorteile des EU-Binnenmarktes zu verlieren. Um die Unternehmen von der Abwanderung abzuhalten, versucht die britische Regierung die Unternehmen mit weitreichenden Versprechen im Land zu halten.

Aus diesem Grund kündigte Theresa May, Premierministerin von Großbritannien, am Montag Pläne zu deutlichen steuerlichen Entlastungen an. Der Guardian berichtet, dass Theresa May die Körperschaftssteuer auf 17 Prozent senken möchte, damit Unternehmen aus anderen Ländern nach Großbritannien gelockt werden.
"Mein Ziel ist nicht nur, die niedrigste Unternehmensteuer in der G20 zu haben, sondern auch eine, die Innovationen umfassend unterstützt", zitiert die Nachrichtenagentur Reuters Theresa May.

Sven Giegold, EU-Parlamentarier von den Grünen, nannte die britischen Plänen einen „politischen Marketing Gag“, da viele Großunternehmen ihre Gewinne zu niedrigsten Steuersätzen in britische Steueroasen in der Karibik abführen. Wolfgang Schäuble mahnte, dass Großbritannien in Steuerfragen an europäisches Recht gebunden sei, solange es zur EU gehört. Nach dem EU-Austritt würden weiterhin die beim G20-Gipfel versprochenen Maßnahmen gegen unfairen Steuerwettbewerb gelten, berichtet die Süddeutsche.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Quelle: Reuters

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
21. November bis 27. November

Exportzuwachs nach Russland
Montag, 21. November – Zum ersten Mal seit 13 Quartalen sind die deutschen Exporte nach Russland gestiegen. Dabei stieg die Ausfuhr nach Russland im dritten Quartal um 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal an. Grund für die gesunkenen Ausfuhren sieht die Süddeutsche bei der Wirtschaftskrise Russlands im Frühjahr 2013 und den von den westlichen Ländern verhängten Sanktionen. Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft hofft, dass die andauernde Talfahrt durch die Trendwende durchschritten sei. Durch die moderate Belebung der russischen Wirtschaft erwartet Harms, dass auch im nächsten Jahr weitere Export-zunahmen möglich seien. Für einen kräftigeren Zuwachs seien allerdings Fortschritte in der Sanktionsfrage nötig, so Harms gegenüber Reuters.

Frankreich: Arbeitslosigkeit sinkt
Donnerstag, 24. November – Die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist im Oktober auf den niedrigsten Stand seit Jahren gesunken. Im Vergleich zum Vormonat sank die Erwerbslosenquote um 0,3 Prozent. Dieser Aufschwung könnte Hollande für die bevorstehende Präsidentenwahl Rückenwind geben, so das Handelsblatt.

Wie der britische Finanzminister Philip Hammond nun bekannt gab, ist als Konsequenz des bevorstehenden EU-Austritts Großbritanniens mit einem Anstieg der Schulden zu rechnen. Der erwartete Wirtschaftsanstieg von 2,2 Prozent wurde dementsprechend auf 1,4 Prozent korrigiert. Um die britische Wirtschaft voranzutreiben plane man, Schulden aufzunehmen, was allerdings ein „riesiges Loch in den Staatshaushalt“ reiße, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Der Schuldenstand könnte bald schon bei über 90 Prozent des Bruttoinlandprodukts liegen. Bis 2021 würde das Land 122 Millionen Pfund mehr Schulden machen als geplant, berechnete das Office for Budget Responsibility (OBR).

Um in den nächsten Jahren wieder ein höheres Wachstum zu erreichen, plant der Finanzminister insgesamt 23 Milliarden Pfund in eine verbesserte Infrastruktur, sowie in Forschung und Entwicklung zu investieren.
Außerdem sei die Regierung bereit Geringverdiener zu entlasten, indem der Mindestlohn auf 7,50 Pfund steigen und der Einkommenssteuer-Freibetrag auf 12.500 Pfund erhöht werden soll. Auch die Arbeitnehmer mit einem mittleren Einkommen sollen entlastet werden, so soll der Schwellenwert für den Einkommensteuersatz von 40 Prozent auf 50.000 Pfund angehoben werden, so die FAZ.

Hintergrund | Brexit

Süddeutsche: Großbritannien rüstet sich für den Brexit

Verbraucherpreise in Japan
Freitag, 25. November – Die Verbraucherpreise in Japan sinken im Oktober um 0,4 Prozent und sind somit im achten Monat in Folge negativ. Die japanische Notenbank versucht seit langer Zeit dieser Entwicklung mit einer lockeren Geldpolitik, etwa durch Negativzinsen und milliardenschwere Wertpapierkäufen, entgegenzuwirken. Als Ursache für die sinkenden Verbraucherpreise wird die schwache Inlandsnachfrage gesehen. Dies führe zu der Gefahr, dass die Endverbraucher weiter sinkende Preise erwarten und somit ihre Kaufentscheidung aufschieben, warnen Experten. Letztendlich führe dieses Verhalten dazu, dass die Wirtschaft weiter gelähmt werde und die Verbraucherpreise weiterhin fallen, berichtet das Wirtschaftsmagazin Die WirtschaftsWoche.

Zahl der Woche

1 Mrd. $

Umsatz erzielten die Online Händler an Thanksgiving. Thanksgiving ist in Amerika traditionell der Auftakt in das Feiertagsgeschäft.

Reuters